

Im Folgenden übermittle ich Ihnen im Namen der Freien Demokraten unsere Antworten:

1. Die deutsche Drogenpolitik basiert auf vier Säulen: Prävention, Beratung und Behandlung, Überlebenshilfe und Schadensminimierung, Repression und Angebotsminimierung. In Deutschland und in vielen anderen europäischen Staaten werden weit mehr Ressourcen für Repression als für Prävention ausgegeben. Wie bewerten Sie die Schwerpunktsetzung in der Drogenpolitik? Halten Sie Repression und die Kriminalisierung von Drogenkonsumenten für eine sinnvolle Säule der Drogenpolitik?

Wir Freie Demokraten wollen vor allem auf Prävention setzen und möchten Drogensüchtige durch Behandlungsprogramme helfen, zu einem normalen Leben zurückzufinden. Durch die Kriminalisierung des Cannabiskonsums werden viele Menschen in ihrer Freiheit eingeschränkt, abhängige Nutzer alleine gelassen oder mit Strafen belegt, die sie erst recht in der Drogenszene versinken lassen, und die Ressourcen der Polizei in großem Ausmaß zur Verfolgung von (Klein-)Konsumentinnen und Konsumenten gebunden.

Die Kriminalisierung insbesondere im Bereich des Genusscannabis sehen wir als gescheitert an. Rund vier Millionen Konsumentinnen und Konsumenten sowie unzählige sinnlose Verfahren lähmen hier die Ermittlungsbehörden. Wir setzen uns für eine kontrollierte Abgabe von Cannabis zu Genusszwecken an Erwachsene ein. Wie genau eine solche kontrollierte Abgabe aussehen kann, möchten wir mit Modellprojekten wissenschaftlich begleitet erproben. Durch eine kontrollierte Abgabe von Cannabis würde der Staat zudem zusätzliche Steuermittel einnehmen, die man in die Prävention und Suchthilfe investieren könnte.

2. Welche europäischen Initiativen sind für Ihre Partei in der europäischen Drogenpolitik vordringlich?

Auf europäischer Ebene muss insbesondere die Zusammenarbeit gegen die organisierte Kriminalität gestärkt werden. Die Herstellung und der Verkauf von illegal hergestellten Drogen und Medikamenten muss deutlich reduziert werden. Illegal hergestellte Drogen und Medikamente bergen erhebliche Gesundheitsrisiken, da sie unter nicht nachprüfbareren Bedingungen hergestellt werden.

3. Menschen, die Cannabis konsumieren, werden immer noch strafrechtlich verfolgt. Wollen Sie diese Strafverfolgung generell mildern, verschärfen oder unverändert lassen?

Wir setzen uns für eine kontrollierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene ein. In diesem Zusammenhang würden die meisten Cannabis-Delikte und deren Strafverfolgung wegfallen. Strafrechtlich relevant wären dann nur noch der Verkauf von Cannabis an Minderjährige, die illegale Herstellung von Cannabis-Produkten und eine Verkehrsfährdung durch Beeinträchtigungen durch einen Cannabis-Konsum. Insgesamt würden bei einer kontrollierten Abgabe von Cannabis ähnliche Regelungen wie etwa bei Alkohol oder Zigaretten gelten.

4. Nach einer Umfragen von infratest dimap

[https://hanfverband.de/sites/hanfverband.de/files/181022_hanfverband_gr...] im Auftrag des Deutschen Hanfverbandes spricht sich eine Mehrheit der Deutschen für eine Entkriminalisierung von konsumbezogenen Bagatelldelikten beim Cannabis aus. Wie stehen Sie zur Entkriminalisierung von Cannabis?

Wir sprechen uns für eine kontrollierte Abgabe von Cannabis zu Genusszwecken an Erwachsene aus. In diesem Zusammenhang würden die konsumbezogenen Bagatelldelikte faktisch wegfallen.

5. Wollen Sie die Strafverfolgung des Anbaus weniger Hanfpflanzen zur Deckung des Eigenbedarfs mildern, verschärfen oder unverändert lassen?

Bei einer kontrollierten Abgabe von Cannabis zu Genusszwecken muss gewährleistet sein, dass die Konsumenten ein Qualitätsprodukt erhalten. Ein privater Anbau von Cannabis wäre demnach in diesem Zusammenhang kaum noch notwendig. Er sollte nur stattfinden dürfen, wenn gewährleistet ist, dass keine Minderjährigen Zugang zu dem Cannabis bekommen und zudem auch die Produktqualität gesichert ist.

6. Ein regulierter legaler Markt bietet die Möglichkeit von Qualitätskontrollen bei Cannabisprodukten. Auf dem heutigen Schwarzmarkt sind der Wirkstoffgehalt sowie mögliche Verunreinigungen und Beimengungen des Cannabis für den Konsumenten nicht ersichtlich. Unter dem Aspekt der Schadensminimierung wäre die Möglichkeit für anonyme Substanzanalysen ein drogenpolitisches Instrument, das auch jetzt genutzt werden könnte. Wie stehen Sie zur Qualitätskontrolle (Drug-Checking) von Substanzen wie Cannabis?

Drug-Checking kann Risiken durch unbekannte Wirkstoffe, Verunreinigungen und Überdosierungen reduzieren und Drogenkonsumenten den Zugang zu einer Beratung erleichtern. Wir Freie Demokraten sehen aber auch die Gefahr, dass eine Pseudo-Sicherheit im Hinblick auf die Einnahme potentiell gefährlicher psychoaktiver Substanzen vermittelt und somit der illegale Konsum gefördert wird. Wir setzen daher vorrangig auf einen Bezug von Cannabis aus qualitätsgesicherten Quellen im Rahmen einer kontrollierten Abgabe. Der Schutz von Leben und Gesundheit hat hier für uns Priorität.

7. Viele drogenpolitische Maßnahmen betreffen eher Bundesrecht. Haben Sie vor, Ihre drogenpolitischen Positionen auch europaweit zu vertreten?

Generell betreffen drogenpolitische Entscheidungen in der Regel die nationale Ebene. Sollte sich aber eine kontrollierte Abgabe etwa von Cannabis in den meisten EU-Staaten durchsetzen, könnte es im Binnenmarkt zu einer Regulierung der Cannabis-Produkte kommen. Sollten Aspekte der Drogenpolitik auf europäischer Ebene geregelt werden müssen, werden wir unsere Position hierzu natürlich vertreten. Es wäre unserer Ansicht nach positiv zu bewerten, wenn eine kontrollierte Abgabe von Cannabis zu Genusszwecken an Erwachsene in möglichst vielen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union praktiziert werden würde.

8. Welche drogenpolitischen Initiativen gab es von Ihrer Partei und Europafraktion (bzw. Landesgruppe in Ihrer Fraktion) in der aktuellen Legislaturperiode auf der europäischen Ebene?

Die "Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa" (ALDE-Partei), in der die Freien Demokraten Mitglied sind und deren Fraktion die Mitglieder der Freien Demokraten im Europaparlament angehören, hat im Jahr 2017 einen Beschluss zu einer liberalen Drogenpolitik gefasst. Dieser beinhaltet unter anderem eine Entkriminalisierung, die Möglichkeit einer Freigabe weicher Drogen sowie eine Stärkung der Suchttherapie. Die komplette Resolution findet sich hier: https://www.aldeparty.eu/sites/alde/files/40-Resolutions/2017_a_common_approach_to_soft_drugs.pdf

9. Welche drogenpolitischen Initiativen plant Ihre Partei und Fraktion (bzw. Landesgruppe in der Fraktion) für die kommende Legislaturperiode?

Wir werden weiter daran arbeiten, den Beschluss der ALDE-Partei zur Drogen- und Suchtpolitik auf EU-Ebene umzusetzen.

10. Es werden derzeit unterschiedliche Modelle für die Legalisierung weltweit diskutiert und teilweise erprobt. Die öffentliche Zustimmung für eine Legalisierung steigt derzeit rasant. Als erstes europäisches Land kündigte die neue Koalition in Luxemburg eine Legalisierung an. Die Frage ist nicht mehr so sehr, ob wir legalisieren, sondern wie wir regulieren. Wie sollte Ihrer Meinung nach ein regulierter Markt für Cannabisprodukte aussehen?

Unserer Ansicht nach sollte Cannabis zu Genusszwecken kontrolliert nur an Erwachsene abgegeben werden dürfen. Für die genauere Ausgestaltung einer kontrollierten Abgabe fordern wir wissenschaftlich begleitete Modellprojekte.

Lassen Sie uns dazu auch nach der Europawahl im Gespräch bleiben.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre



Nicola Beer MdB
Staatsministerin a.D.
Generalsekretärin

Freie Demokratische Partei
Hans-Dietrich-Genscher-Haus
Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin